

## Medienmitteilung

Liestal, 01.09.2015

# Konsequente und lösungsorientierte Asylpolitik

Geschätzte Medienschaffende

Die Diskussion um die Asylpolitik hat sich in den letzten Tagen deutlich verschärft. Auch wenn die BDP der Meinung ist, dass sich das Thema nicht als Wahlkampfpropaganda eignet, ist unsere Haltung als konsequent bürgerliche, doch lösungsorientierte Partei relativ deutlich.

Wir distanzieren uns klar vom Begriff „Asylchaos“, der nicht der Realität entspricht. In den 90er Jahren kamen ihm Rahmen des Balkankonfliktes doppelt so viele Asylsuchende in unser Land. Die Bilder der letzten Tage und die latente Bewirtschaftung der Ängste durch die Rechtsnationalen müssen aber ernst genommen werden.

Nicht wenige Menschen suchen Zuflucht in der Schweiz, weil sie in ihrem Heimatland an Leib und Leben bedroht sind, oder weil sie schlichtweg keine Perspektive mehr haben. Diese Menschen wollen zwar am Wohlstand der Schweiz partizipieren, können aber auch einen eigenen Beitrag zu diesem Wohlstand leisten.

Die Schweiz charakterisiert sich seit langer Zeit durch eine bewährte humanitäre Tradition, welche anderen Menschen Gastfreundschaft anbietet, solange sie zu Hause bedroht sind und sich an unseren Rechtsstaat halten. Die BDP steht hinter dieser humanitären Tradition der Schweiz und will Sorge zu ihr tragen.

Damit das Asylwesen in der Schweiz bei der eigenen Bevölkerung eine hohe Akzeptanz behält, muss es jedoch glaubwürdig und restriktiv sein. Dabei müssen insbesondere Missbräuche mit aller Konsequenz bekämpft werden. Die Asylverfahren müssen rasch und unbürokratisch abgewickelt werden. Asylsuchende, deren Anträge genehmigt sind, haben ebenso das Anrecht auf einen raschen Bescheid, wie Asylsuchende, deren Anträge abgelehnt wurden. Die BDP will die Schaffung von weiteren Bundeszentren zu rascheren Abwicklung der Asylverfahren fördern. Gleichzeitig fordern wir, dass der Bund die Grenzkantone entlastet.

Zu überprüfen ist aus Sicht der BDP ausserdem der Status der „vorläufigen Aufnahme“. Grundsätzlich ist es richtig, dass Schutzsuchende auch bei einem abgelehnten Asylgesuch „vorläufig“ in der Schweiz bleiben, solange sie zu Hause an Leib und Leben bedroht sind. Es ist aber zweifellos nicht im Sinne der „vorläufigen Aufnahme“, dass dieser Zustand über zehn Jahre oder länger dauert. Dieser Tatsache muss bei einer der nächsten Revisionen des Asylgesetzes Rechnung getragen werden.

Die BDP besitzt die klare Forderung, dass die Schweiz die Rechte und Pflichten des Dublin-Abkommens einhalten, dies aber auch von anderen Staaten verlangen muss. Migration als globale Herausforderung kann nur von international kooperierenden Ländern sinnvoll gemeistert werden. Namentlich die unsäglichen Missstände und Katastrophen im Mittelmeer-Raum, aber auch die Bekämpfung des Schlepper-Wesens, müssen international koordiniert werden.

Bürgerliche Grüsse  
**BDP Basel-Landschaft**

Präsidentin  
Marie-Therese Müller  
079 380 45 43

Vizepräsident  
Marc Bürgi  
079 750 67 62